



**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**

**im April hatten wir wieder zwei turbulente Sitzungswochen in Berlin, die ich Euch gerne zusammenfasse:**

**Sozialstaat, Grundrente und jetzt Pflege:** Wir zeigen, wie wir uns als SPD die solidarische Gesellschaft der Zukunft vorstellen. In unserem **neuen Pflegekonzept** formulieren wir Antworten auf die Herausforderungen, die im Bereich der Pflege auf uns zukommen. Viele Menschen machen sich Sorgen darüber, wie sie oder ihre Angehörigen im Alter gut versorgt werden können und was sie das kosten wird. 3,5 Millionen Menschen in Deutschland sind pflegebedürftig und die Zahl wird weiter steigen. Gleichzeitig fehlt es an Personal, auch aufgrund mangelnder Anerkennung und schlechter Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Wir wollen deshalb an beiden Stellen ansetzen: Beschäftigte in der Pflege müssen die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. Wir wollen einen höheren Mindestlohn und einen Tarifvertrag für die gesamte Branche. Für eine bessere Pflege, mehr Personal und eine bessere Bezahlung brauchen wir Geld. Höhere Kosten dürfen aber nicht weiter zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Familien gehen. Wir wollen deswegen das jetzige System vom Kopf auf die Füße stellen und statt des Anteils der Pflegeversicherung den Eigenanteil der Betroffenen begrenzen. Für zusätzliche Mittel ziehen wir stattdessen unter anderem die Pflegeversicherung, die Krankenversicherung und die Rücklagen der privaten Pflegeversicherung heran. Die finanziellen Lasten müssen stärker gemeinsam getragen werden! Details zum Pflegekonzept findet ihr [hier](#).



**2019 ist das Klimajahr.** Das sehen unsere Umweltministerin Svenja Schulze und SPD-Vorsitzende Andrea Nahles genauso wie immer mehr Menschen, die auf der Straße oder in den sozialen Netzwerken dazu ihre Meinung äußern. Die erste Tagung des **Klimakabinetts** in Berlin am 10. April ist ein Zeichen, dass diese Nach-



richt jetzt hoffentlich auch in den anderen Ministerien angekommen ist. Zu lange fühlte sich nur die Umweltministerin für den Klimaschutz zuständig. Während sie im Februar ihren Entwurf für ein ambitioniertes (und von der CDU/CSU hart kritisiertes) **Klimaschutzgesetz** vorgelegt hat, verschleppten die anderen zuständigen Minister Horst Seehofer im Bereich Bau, Andreas Scheuer im Bereich Verkehr und Julia Klöckner im Bereich Landwirtschaft ihre Verpflichtung, bis Ende 2018

Vorschläge für ihre Klimaschutzmaßnahmen zu liefern. Allein im Energiebereich hat es durch die Ergebnisse der Kohlekommission Fortschritte gegeben. Das auf Betreiben der SPD einberufene Klimakabinett mit allen zuständigen Ministerinnen und Ministern und unter der Leitung von Kanzlerin Merkel soll nun festlegen, wie die Ziele des Klimaschutzplans 2050 erreicht werden können. Dafür müssen die einzelnen Ministerien Vorschläge für Maßnahmen in ihren Bereichen machen. Neue Deadline: Ende Mai. **Es wird höchste Zeit!** Weitere Informationen zum Klimaschutzgesetz findet Ihr [hier](#).

---

In der letzten Sitzungswoche habe ich im Bundestag zur **Bekämpfung illegaler Beschäftigung und der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen** gesprochen. Die Bundesregierung will illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit wirkungsvoller und effektiver verhindern. Dabei geht es auch um das Problem der unberechtigten Inanspruchnahme von **Kindergeld**. Diese Fälle liegen vor, wenn zum Beispiel Familien von Schlepperbanden nach Deutschland geschleust, in Schrottimmobilen untergebracht werden und Kindergeld beantragen, von dem sie jedoch den Großteil wieder abgeben müssen. In meiner **Rede** habe ich betont, dass wir diesen Machenschaften nicht mit Populismus Herr werden, sondern mit den im Gesetzesentwurf enthaltenen gezielten Maßnahmen. Damit wollen wir Menschen schützen, die Städte und Kommunen unterstützen und den Schleppern das Wasser abgraben. Zu den Maßnahmen gehört unter anderem eine eigene Prüfungskompetenz der Familienkasse und einen Leistungsausschluss für neu



zugezogene, nicht erwerbstätige EU-Bürger in den ersten drei Monaten. Diese Verfahrensweise gibt es bereits für die Grundsicherung und soll nun auf das Kindergeldrecht übertragen werden. Für die Familienkasse soll außerdem die Möglichkeit geschaffen werden, laufende Kindergeldzahlungen in begründeten Zweifelsfällen vorläufig einzustellen. [Hier](#) geht es zu meiner Rede.

---

Ebenfalls in der letzten Sitzungswoche ging es im Plenum um die 1. Lesung zur Änderung des **Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)**. Im Koalitionsvertrag haben wir als SPD uns erfolgreich für den Ausbau und die Verbesserung des BAföG eingesetzt. Warum das nötig ist? Es darf nicht vom Einkommen der Eltern ab-

hängen, ob oder was eine Person studieren darf. Das BAföG trägt als Ausbildungs- und Studienfinanzierung damit wesentlich zur Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem bei. In den letzten Jahren haben aber immer weniger Studierende finanzielle Förderung durch das BAföG erhalten. Grund dafür war (neben komplizierten Antragsverfahren) vor allem



die gute wirtschaftliche Entwicklung: Durch steigende Einkommen sind immer mehr junge Menschen aus der Förderung gerutscht. Gleichzeitig sind aber die Lebenshaltungskosten und vor allem die Wohnkosten gestiegen, wodurch vor allem die Familien besonders belastet werden, die knapp über der Anspruchsgrenze liegen. In dem Gesetzentwurf begegnen wir dieser Entwicklung, indem wir unter anderem den Förderungshöchstsatz und die Bedarfssätze sowie den Wohnzuschlag anheben und die Einkommensfreibeträge erhöhen. 1,23 Mrd. Euro stellt Finanzminister Olaf Scholz dafür in dieser Wahlperiode zur Verfügung. Bis zur abschließenden Lesung prüfen wir den Gesetzentwurf jetzt noch auf Herz und Nieren, denn wir brauchen eine solide **BAföG-Reform**. Weitere Details findet ihr [hier](#).

Herzliche Grüße  
Euer

